

Gegenstand: Haushalte 2026 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung - Beratung der Teilhaushalte

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigefügt.

Einleitend teilt Herr Schmitt (Abteilungsleitung Finanzen) mit, dass es im Ergebnishaushalt eine Verbesserung von rund 3,8 Mio. € gegenüber dem Erstentwurf bei Haushaltseinbringung durch zusätzliche Zuweisungen zur Überbrückung besonderer Belastungen beim Länderfinanzausgleich für die Jahre 2025 und 2026 gibt und der Fehlbedarf damit bei rd. 19,16 Mio. € liegt. Die Veränderungsliste liegt aus.

Im Finanzhaushalt gab es nur geringfügige Veränderungen.

Auch im Finanzausschuss des Stadttags war heute Thema, dass alle Städte in finanzieller Schieflage sind, so die Vorsitzende. Appelle an die Landes- und Bundespolitik zu den strukturellen Defiziten reichen nicht mehr aus, es sind konkrete Veränderungen zur Konnexität notwendig.

Frau Dr. Heller erkundigt sich nach der Herkunft der o.a. Überbrückungsgelder im Finanzausgleich. Herr Schmitt und die Vorsitzende erläutern die Veränderungen im Länderfinanzausgleich

Den von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [eingereichten Fragenkatalog](#) beantworten Herr Schmitt (Finanzen), Herr Nolasco (Fachbereichsleitung 5) und die Vorsitzende:

- *12270 Bürgerservice: Warum wurden im Finanzhaushalt 500.000 Euro weniger eingeplant, als im Vorjahr? Gab es Einsparungen?*

Nein, hier gab es keine Einsparungen. Es handelt sich um einen Fehler im Finanzwesen, der inzwischen zwar festgestellt und korrigiert wurde, im Entwurf jedoch noch falsch ausgewiesen war.

Die Position F23 entspricht in der Regel dem Posten E23 abzüglich der Ansätze wie z.B. Abschreibungen und Rückstellungen. Dieser Fehler spiegelt sich dann in F34 wider.

Für den Hinweis wird gedankt, es werden zur Sicherheit noch mal alle Positionen geprüft, um sicher zu gehen, dass der Fehler im gesamten Haushalt korrigiert wurde.

- *12440 Tierschutz: Wie setzen sich die rund 434.000 € zusammen? (E23)*

Die größten Aufwendungen die hier enthalten sind, sind in der Position E12 die Umlage für KABS e.V. mit rund 140.000 € (Schnakenbekämpfung) und diverse Aufwendungen bei Position E14 wie z.B. Fundtierkostenpauschale, Tierarztkosten, Aufwendungen nach der Katzenschutzverordnung und Rattenbekämpfung insgesamt von rund 250.000 €

- *55210 Gewässerschutz: 487.000 Euro Uferbereinigung? Wo sind die Energiekosten geplant?*

Zum Einsatz des Drausy-Verfahrens am Russenweiher berichtet Herr Nolasco, dass es aktuell eingebaut wird und in Betrieb gehen kann.

- *55300 Friedhof: Weniger Erträge? Warum so viele Urnenbestattungen?*

Bei den Urnenbestattungen handelt es sich um einen Übertragungsfehler. Danke für den Hinweis. Die Anzahl wurde auf 304 korrigiert.

Bei den Erträgen in E6 hat sich die Förderung von Mitarbeitenden um 45.000 € reduziert. Diese Förderung ist ausgelaufen und konnte nicht verlängert werden.

- *36340 Soziales/Senieren: Sind dort Kürzungen vorgesehen:*

Bei Produkt 36340 handelt es sich nicht um Senioren, sondern um „Hilfe für junge Volljährige“. Seniorenbereich und dieses Produkt wurden geprüft: In beiden Bereichen hat man sich an Erfahrungswerten der letzten Jahre orientiert, es gibt also keine Kürzungen.

- *36551: Förderung von Kita Tagesstätten: Kürzungen bei Aufwendungen von 2 Mio während Zulagen vom Land steigen. Warum?*

Da die Personalkosten Abrechnung zwischen Kita-Träger, Jugendamt und Landesjugendamt zeitversetzt erfolgt, geht man für das kommende Jahr von geringeren Aufwendungen aus. Unter Umständen müssen überplanmäßige Mittel beantragt werden, sollte die Abrechnung wider Erwarten früher abgeschlossen werden.

- *11420 Immobilienverwaltung: Was wird hier verkauft?*

Hier berichtet Herr Nolasco insbesondere über die Grundstücksübergabe an das THW, die nach Feststellung der Schadstofffreiheit erfolgen kann.

- *11610 Klima und Investitionsfonds: Keine einzige Investition in Klima – Vorschlag: 10 Bäume für die Maxi mit insgesamt 400.000 Euro. Werden die Maßnahmen teuer durch den Einsatz von Fördergeldern?*

Es wird davon ausgegangen, dass es sich hierbei um die Übersicht im Vorbericht unter Punkt 3.11 handelt – konkret um die Darstellung des „Sondervermögens für Bildung, Klima und Infrastruktur“.

Die Planung wurde bewusst sehr vorsichtig vorgenommen, da die endgültigen Richtlinien zur Verwendung des Sondervermögens derzeit noch nicht vorliegen. Es handelt sich daher nicht um eine abschließende Aufzählung, sondern um Maßnahmen, die ohnehin notwendig sind und eingeplant werden müssten. Die Verwaltung geht davon aus, dass diese Maßnahmen grundsätzlich aus dem Sondervermögen finanziert werden können.

Sobald die Richtlinien feststehen, wird mit dem Stadtrat sowie in den zuständigen Gremien beraten, welche Maßnahmen tatsächlich über das Sondervermögen finanziert werden sollen.

- *12310 Geschwindigkeitsüberwachung: Wo sind die Erträge eingeplant?*

Die Erträge fließen in die Position E 7 ein. Also eine Steigerung von 100.000 Euro zum Vorjahr.

- *51110: Stadtentwicklung: Entsiegelung Berliner Platz?*

Zur Entsiegelung des Berliner Platzes berichtet Herr Nolasco, dass eine KfW-Förderung beantragt wird, die 80 % betragen wird. Im Zentrum des Platzes ist eine Entsiegelung und Bepflanzung mit Bäumen geplant. Die Stadt freut sich auf Baumspenden, die gerne angenommen werden.

- *11310 Finanzsoftware: Im Investitionsplan stehen 600.000 Euro, beim Produkt nur 350.000 Euro.*

Die angesprochenen 600.000 Euro konnten nicht verifiziert werden. Immer, wenn die Finanzsoftware betitelt wird, auch im Investitionsplan, stehen 350.000 Euro. Man kann im Nachgang aber gerne die Fundstelle zeigen.

- *THH 1 Saldo aus internen Leistungsbeziehungen: Warum die Reduzierung um 7 Mio.*

Hier wurde die Planungssystematik etwas angepasst und man hat sich damit näher an den realen Zahlen der letzten Jahre orientiert. Die Erträge und die Aufwendungen gleichen sich hier aber generell aus (Position E22) und haben auf das Gesamtdefizit somit keine Auswirkungen.

- *THH 1/ THH 6 E1 Erträge aus Steuern. Falsch ausgewiesen?*

Auch hier Dank für den Hinweis. Hier handelt es sich um einen Anzeigefehler im THH 6. Die Zuordnung der neuen Grundsteuerkonten wurde vom System falsch übernommen. Ist inzwischen korrigiert. Die richtige Summe ist 125,8 Mio.

- *Investitionen allgemein:*

Hierzu berichtet Frau Krämer (Controlling FB 5) zu den einzelnen Maßnahmen. [Das Zahlenwerk wird mit dem Protokoll zur Verfügung gestellt.](#)

- *Produktziele: Warum werden viele Ziele 2026 nicht mehr weitergeführt:*

Zukünftig werden die bisherigen Produktziele durch die Digitalisierungsziele ersetzt. Hierüber wurde der Haupt- Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss in seiner Sitzung vom 28.08.2025 informiert.

- *Friedhofsbüro: Finanzhaushalt für 2027 500.000?*

Ja, das ist so von der Fachabteilung eingeplant. Für 2026: 50.000 € und für 2027: 500.000 €

- *Stadt- und Kreisbildstelle: 62.000 Euro eingeplant. Was passiert hier?*

Hauptsächlich handelt es sich hier um Personalkosten und Lizenzen für Fachbücher

- *57500 Tourismus: Warum nicht Kulturförderabgabe oder Tourismusfonds, um Ausgaben zu refinanzieren? Diskussion.*

Hierzu berichtet die Vorsitzende, dass die Zweitwohnungssteuer heute auf der TO steht. Weitere Maßnahmen in dieser Richtung sind im Zusammenhang zu beraten. Frau Dreyer regt an, einen Fond vorzuschalten.

- *Anwohnerparken: Wo sind die Erträge gebucht?*

Bei Produkt 12310 Straßenverkehrsbehörde in E4.

Frau Montero Muth thematisiert laufende Zuweisungen von der EU; dies sei ein sehr geringer Betrag. Die Stadt sollte sich aktiv um mehr EU-Gelder für die Förderungen auf den Gebieten Klimaschutz- und Integrationsmaßnahmen bemühen. Die Vorsitzende erläutert, die Hürden und Anforderungen dafür seien sehr hoch, die Antragsfristen dagegen sehr kurz; Anträge auf Sportstättenförderung müssen beispielsweise bis Mitte Januar eingereicht sein (Eingang November). Das Fördermittelmanagement wird aktuell neu aufgebaut, auch für europäische Fördermaßnahmen.

Frau Dr. Montero Muth regt an, auf den Vorlagen sichtbar zu machen, ob das Vorhaben EU-förderfähig ist. Die Vorsitzende verweist nochmals auf die sehr kurzen Antragsfristen; die Fraktionen geben bei ihren Anträgen auch in den seltensten Fällen Finanzierungsvorschläge für die beantragten Maßnahmen an.

UfS will weiterhin wissen, ob für Sicherheitsmaßnahmen beim Land oder Bund Erstattungen geltend gemacht werden können. Zivilschutz ist laut Vorsitzender Aufgabe der Kommunen, damit liegt keine Konnexität vor. Feste Poller auf der Hauptstraße werden nach völliger Änderung der DIN-Normen ggf. über die Städtebauförderung finanziert. Interkommunale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet ist wegen der hohen Festdichte in den Städten schwierig. Es ist keine Kostenumlage auf die Schausteller geplant.

Herr Brandenburger erkundigt sich danach, ob die verplanten 3,7 Mio. € aus dem Sondervermögen auf die Folgejahre bis 2036 ähnlich verteilt werden. Dies ist laut Herrn Schmitt ungefähr der Rahmen.

Frau Dr. Mang-Schäfer gratuliert zu den Digitalzielen und möchte wissen, ob die dort genannten Mängelmelder der verschiedenen Abteilungen, z.B. dem Grünflächenmanagement mit dem Hauptmängelmelder korrespondieren. Dies muss verwaltungsseitig noch geprüft werden.

Zum Stellenplan verweist die Vorsitzende auf die Vorbesprechung aus dem Personalausschuss. Es wird eine zusätzliche Zivilschutzstelle A 11/EG 10 ausgewiesen.

Weitere Hinweise und Fragen zum Haushalt können vor der Stadtratssitzung gerne direkt an die Verwaltung weitergegeben werden.

Frau Dr. Montero Muth erkundigt sich nach Kürzungen bei den Freiwilligen Leistungen. Solche wurden laut Verwaltung nicht vorgenommen.

Außerdem stellt sie die Frage zur Zukunft des ÖPNV. Laut Vorsitzender entspricht das beschlossene Linienbündel offensichtlich nicht den Bedürfnissen der Speyerer Bürgerinnen und Bürgern und verursacht hohe finanzielle Belastungen. Im Aufsichtsrat SWS prüft man andere Möglichkeiten des Angebots von Linienbündeln außerhalb des VRN. Frau Dr. Montero Muth verweist auf das On-Demand-System in NW, das gut funktioniert. Diese Möglichkeit ist laut Vorsitzender ebenso in der Diskussion wie die Abtrennung des Schulbusverkehrs (Fahrten nur zu Stoßzeiten).

Die Busverkehr-Linien sind nach Auffassung von Frau Dr. Heller nicht ganz optimal geplant. Sie hat interne Informationen von Mitarbeitern des Verkehrsunternehmens, wonach Pünktlichkeit bei der Linienführung gar nicht möglich ist. Deshalb hinterfragt sie die Verantwortung des Anbieters und fordert eine Kontrolle der Angebotsgrundlagen. Rückmeldungen sind laut Vorsitzender über die VBS GmbH möglich, man habe aber relativ wenig Möglichkeiten. Beschwerden sollen bitte immer mit Linie und Uhrzeit angegeben werden

Frau Dr. Mang-Schäfer schlägt vor, Busverkehrsbeschwerden in den Mängelmelder mitaufzunehmen.

Die Vorsitzende erfragt ein Stimmungsbild zur Beschlussfassung des Haushalts 2026.

Frau Dreyer zeigt sich etwas enttäuscht von dieser Runde im Ausschuss, bei der die volle Belegschaft Stadt für Frage und Antwort zur Verfügung steht. Dafür gab es wenig Resonanz. Die Grünen würden sich erheblich mehr Klimaschutz im Haushalt wünschen, wollen diesen andererseits aber auch nicht blockieren, da es sich erkennbar um einen Nothaushalt handelt.

Die SWG möchte durch Frau Dr. Mang-Schäfer keine konkrete Position beziehen, aber ein Feedback geben. Sie sieht die Korrekturen nur im Zusammenhang mit zusätzlichen Einnahmen, es sei jedoch kein konkreter Sparwille erkennbar. Die Vorsitzende schlägt vor, eine Konsolidierungs-AG einzuberufen, vergleichbar der AG strategische Steuerung, um die politischen Entscheidungsträgerinnen und –träger frühzeitig in Sparentscheidungen einzubinden.

9. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer
am 27.11.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: **Wirtschaftsförderung Speyer;**
Sachstandsanfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 14.11.2025
Vorlage: 0569/2025

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigefügt.

Herr Daum (Stabsstellenleitung Wirtschaftsförderung) referiert ausführlich zur Sachstandsanfrage der CDU. [Die gesamte Stellungnahme ist im Wortlaut dieser Teilniederschrift als Anhang beigefügt.](#)

Der Jahresbericht für 2024 wurde heute im Ausschuss ausgelegt, der Jahresbericht 2025 wird voraussichtlich im Beirat für Wirtschaftsförderung im März 2026 vorgestellt.

Frau Weber dankt für den Sachvortrag, hätte ihn inhaltlich aber noch gerne mit aussagekräftigen Zahlen unterlegt. Dies kann laut Vorsitzender gerne im Beirat erfolgen.

Gegenstand: **Piloteneinsatz des Systems „KI meets Ordnung“ in einer öffentlichen Toilettenanlage mit erhöhter Vandalismusquote;**
Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 29.09.2025
Vorlage: 0506/2025/1

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigefügt und Bestandteil des Beschlusses.

Es erfolgt eine Berichterstattung zu den Prüfungen des FDP-Antrags aus der vorletzten Ratssitzung durch Frau Threin (Digitale Verwaltung), wie in der Vorlage dargestellt.

Herr Oehlmann zeigt sich überrascht von der umfangreichen Vorlage und den Möglichkeiten, die so noch nicht bekannt waren. Er hat auch Rücksprache mit der Polizei gehalten, die einer solchen Technik durchaus offen gegenübersteht, wenn sie zur Entlastung führt. Das könnte auch für andere Bereiche in der Stadt einsetzbar sein.

Die CDU unterstützt durch Frau Weber die Vorlage, möchte aber wissen, nach welchen Kriterien nach der Pilotphase bewertet wird. Frau Threin nennt am Beispiel Gelsenkirchen eine deutliche Reduzierung von Fehlfahrten durch Überwachungspersonal und den Rückgang von Vandalismus.

Frau Dreyer dankt für die schnelle Umsetzung, äußert sich aber kritisch zum Vertrag mit der Firma. Im Raum stehen 11.000 € für die Pilotierung, es sind aber keine laufenden Kosten dargestellt. Jede Ausweitung kostet extra. Dies sei im Haushalt derzeit nicht darstellbar. Außerdem hat man Bedenken wegen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Es war zudem eine Hochschulbeteiligung erwünscht, die nicht berücksichtigt wurde, weshalb die Grünen nicht zustimmen werden.

Bei der Investitionshöhe obliegt es laut Frau Dr. Mang-Schäfer der Verwaltung selbst, ob diese Maßnahme günstiger ist als eine neue Toilette; sie sieht darin ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Sie möchte aber wissen, ob Zahlen zu den Erfolgskriterien vorliegen. Die Vorsitzende erläutert, es gehe primär um Vandalismusprävention. Dann hätte Frau Dr. Mang-Schäfer gerne eine Übersicht der Kosten dazu aus den letzten Jahren.

Frau Dr. Montero Muth geht für UfS den Pilotversuch ganz klar mit, denn es handelt sich um ein großes Bedürfnis, das zu oft mit Tabus belegt ist. Das Ausmaß des Vandalismus sei unfassbar.

Auch die SPD kann das laut Herrn Brandenburger auf 1 Jahr mitgehen. Und das, obwohl der Landesrechnungshof festgestellt hat, dass es nach dortiger Meinung zu viele öffentliche Toiletten im Stadtgebiet gibt.

Die AfD hingegen wird die Installation von weiterer Überwachungstechnik nicht mittragen, so Herr Haupt. Er hat Zweifel an einer Verhinderung von Vandalismus durch diese Technik und befürchtet zusätzliche Einschränkungen der Bürgerrechte. Man sollte keine Symptome bekämpfen, sondern die tatsächliche Ursache.

Auch Herr Popescu äußert erhebliche Zweifel, dass damit Vandalismus verhindert werde.

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat mehrheitlich (bei 5 Gegenstimmen: Grüne, AfD, Linke):

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Firma Frings IT Solutions GmbH das Projekt „KI meets Ordnung“ in einer öffentlichen Toilettenanlage mit erhöhter Vandalismusquote zu realisieren.

Die Umsetzung erfolgt im Rahmen eines einjährigen Pilotprojekts. Nach Abschluss der Projektlaufzeit berichtet die Verwaltung über die Ergebnisse und Erfahrungen im Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss.

Gegenstand: **Festbudget der Schulen**

Vorlage: 0528/2025

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende erläutert, es gab wohl noch weiteren Informationsbedarf dazu. Es handelt sich hier nicht um eine Kürzung von Mitteln, sondern um die Verhinderung eines Schattenhaushalts durch jährlich nicht abgerufene Mittel. Ziel ist eine realistische Haushaltsplanung.

In einem Referat erläutert Herr Schmitt (Kämmereileiter), dass nicht beabsichtigt ist, Schulmittel zu kürzen. Durch eine gesteuerte Mittelfreigabe sollen die Haushaltsansätze an die Rechnungsergebnisse der Vorjahre angeglichen werden. Pufferplanungen über den tatsächlichen Bedarf hinaus sind bei der Haushaltslage nicht mehr tragbar. Die Vorschläge wurden in Absprache mit der Fachabteilung erarbeitet. Nach den tatsächlichen Ergebnissen 2025 würde sogar Modell 3 ausreichen. Im Einzelfall darüber hinaus gehender Bedarf kann jederzeit begründet über überplanmäßige Mittel beantragt werden.

Frau Dr. Mang-Schäfer sieht eine sehr gut vorbereitete Vorlage. Die SWG-Fraktion spricht sich für Variante 3 aus.

Frau Dreyer lobt ein transparentes Verfahren, das messbar und nachvollziehbar ist. In der Haushaltslage müssen niederschwellige, projektbezogene Angebote gemacht werden. Bei einigen Schulen sind doch deutliche Überplanungen erkennbar. Die Grünen favorisieren Vorschlag 1.

Die CDU-Fraktion sieht sich laut Herrn Prof. Dr. Schubert bei Vorschlag Nr. 3, verbunden mit der Möglichkeit der Beantragung überplanmäßigen Bedarfs; dies sei der Haushaltslage angemessen.

Frau Wolf erklärt, wie schon im Schulrägerausschuss (SchTA) spricht sich die AfD für Variante 1 aus. Auf weitere Beschränkungen bei Schulen sollte verzichtet werden.

Herr Oehlmann erkundigt sich, ob dies zunächst nur für den HH 2026 gelten soll. Das Verfahren ist laut Vorsitzender dauerhaft, man kann aber in bestimmten Zyklen (4-5 Jahre) überprüfen, ob Anpassungen notwendig sind. Die FDP favorisiert Variante 3.

Nach Auffassung von Herrn Seitleben (Schule und Sport) wird die Verwaltung mit allen Varianten leben können, der SchTA hat aber Variante 1 empfohlen.

Frau Dr. Montero Muth hinterfragt, warum die Mittel nicht abgerufen wurden. Laut Vorsitzender ist das nicht nur bei Schulen so, sondern auch bei den Sportfördermitteln und in der allgemeinen Verwaltung. Diese nicht abgerufenen Mittel brachten in den letzten Jahren immer wieder den Vorwurf der ADD ein, einen Schattenhaushalt zu führen. Frau BM Kabs ergänzt, es gebe bei der Anschaffung von Schulausstattungen durchaus auch sparsame Schulleitungen. Der SchTA hatte im Übrigen Variante 1 den Vorzug gegeben.

Beschluss:

Nach Beratung im Schulrägerausschuss empfiehlt der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss dem Stadtrat mehrheitlich die neuen Festbudgets der Schulen in städtischer Trägerschaft gemäß

Variante C: Vorschlag 1

der Verwaltungsvorlage (bei 10 Ja-Stimmen; CDU-Fraktion stimmt ebenfalls für Variante 1).

Variante 3 erhielt mit 3 Stimmen nicht die notwendige Mehrheit; Variante 2 wurde nicht gewählt.

9. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses
am 27.11.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: **Änderung der Satzung der Stadt Speyer
für die Stadtbibliothek Speyer vom 10.06.2022**
Vorlage: 0542/2025

Beschluss:

Auf der Grundlage des § 24 Gemeindeordnung (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. 1994, 153), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.12.2024 (GVBl. S. 473, 475), empfiehlt der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss dem Stadtrat der Stadt Speyer den Beschluss der folgenden Änderung der Satzung der Stadt Speyer für die Stadtbibliothek Speyer vom 10.06.2022:

Artikel 1

Änderung: Anlage 1 – Gebührenverzeichnis, 1. Jahresgebühr

bisher	neu
Jahresgebühr Metropol-Card	24,00 €

Artikel 2:

Die Satzungsänderung tritt zum 01.01.2026 in Kraft.

Gegenstand: **Beschluss der Satzung zur Erhebung der Zweitwohnungssteuer
in der Stadt Speyer**
Vorlage: 0571/2025

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigefügt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Dr. Mang-Schäfer zeigt sich seitens der SWG zufrieden mit der gut aufbereiteten Vorlage, auch wenn ihr die Druckkosten sehr hoch erscheinen und dafür eine Vergabe geprüft werden sollte.

Die Grünen sehen laut Frau Dreyer in einer solchen Steuer ein wahnsinnig vielseitiges Steuerungswerkzeug und sprechen sich für einen Steuersatz von 15 % aus.

Herr Popescu vertritt für die Linke die gleiche Argumentation. Die Steuer zeige in Landau eine sehr gute Wirkung. Auch er stimmt für 15 %.

Frau Weber hinterfragt seitens der CDU, ob das auch Personen mit Erstwohnsitz in Speyer betrifft, die Zweitwohnungen in Speyer haben. Dies wird verwaltungsseitig bejaht.

Herr Haupt spricht von einem weiteren Eingriff in die Eigentumsverhältnisse, was angesichts der finanziellen Belastungen unanständig sei. Die AfD sieht zwar die Intention, eine neue Steuer sollte sich aber in diesen Zeiten verbieten.

Herr Oehlmann dagegen ist bereit, über neue Steuern sprechen. Der Haushalt gibt nicht mehr her, man braucht neue Einnahmemittel. Die FDP könnte 10 % mittragen, um Zweitwohnsitze an der Aufrechterhaltung der Infrastruktur zu beteiligen.

Frau Dreyer gibt zu Protokoll, dass die AfD durch Herrn Haupt den Grünen Faschismus vorwirft; davon will sie sich nachdrücklich distanzieren.

Herr Haupt wiederum gibt zu Protokoll, dass Hannah Heller unflätige Kommentare von der Seite rüberbringt und sich an grünem Sozialismus erfreut. Er habe lediglich erwidert, es laufe für die Grünen in der EU wohl nicht besonders gut; alles andere sei üble Nachrede.

Die Vorsitzende ruft zur Ordnung. Sie äußert sich zum Umgang der Mitglieder in gewählten Gremien und fordert eine demokratische Diskussionskultur zusammen mit den anderen Mitgliedern.

Herr Prof. Dr. Schubert stellt fest, dass durch das erste Anschreiben offenbar die Anzahl der Zweitwohnsitze erkennbar zurückgegangen ist; man sollte noch einen weiteren Versuch machen. Er hinterfragt die Zielsetzung der Steuer: Mehreinnahmen oder Verringerung von Zweitwohnsitzen? Nach Aussage der Vorsitzenden trifft beides zu. Die Steuer ist eine finanzielle Beteiligung für diejenigen, die sich eine Zweitwohnung in Speyer leisten können.

Die SPD unterstützt durch Herrn Brandenburger den Vorschlag, möchte aber eine Evaluierung nach einem bestimmten Zeitraum, ob die Wirkung so ist wie in Landau; man unterstützt 15 %. Die Vorsitzende sagt zu, dass spätestens nach 3 Jahren berichtet und evaluiert werden soll, auch im Hinblick auf die Kosten-Nutzen-Abwägung.

In der Einzelabstimmung halten die vorgeschlagenen Prozentsätze folgendes Abstimmungsergebnis:

10 % = 1 Stimme (FWS)
12 % = 1 Stimme (SWG)
15 % = 7 Stimmen

Die CDU-Fraktion enthält sich, die AfD-Fraktion stimmt gegen die Vorlage.

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss empfiehlt den Stadtrat mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen: AfD, und 2 Enthaltungen: CDU) folgenden Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Satzung zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Speyer unter Festsetzung eines Steuersatzes von 15 %.

9. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer
am 27.11.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Unter Informationen der Verwaltung liegen keine Beiträge vor.

9. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer
am 27.11.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8.1

Gegenstand: Grundstückangelegenheiten

Beschluss:

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat mehrheitlich den Beschluss (bei 1 Gegenstimme: FWS, und 2 Enthaltungen: AfD), dem Grundstückserwerb zuzustimmen.

9. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer
am 27.11.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss nimmt die Informationen zur Kenntnis.

9. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer
am 27.11.2025

9. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses 27.11.2025 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das
Gesamtdokument!